

wirtschaftlichen Nöte der ersten Zeit hinweghelfen zu können, insbesondere sie vor dem Uebel des Schuldenmachens, das beim plötzlichen Tode eines Angehörigen recht nahe an sie herantritt, bewahren zu können.

Bei dieser Gelegenheit muß aber darauf hingewiesen werden, daß derartige soziale Einrichtungen und Unterstützungen seitens des Verbandes nur getroffen werden können, weil in den Kreisen der organisierten Kollegenchaft Solidarität und Kollegialität durch Opferwilligkeit und Füreinandereinstehen ihren praktischen Ausdruck findet.

Sorgen wir daher dafür, daß in unserer Kollegenchaft diese Standestugenden immer mehr in ihrer Bedeutung für das Wohl des Einzelnen und der Gesamtheit erkannt werden. Um so besser wird auch der Verband in seinen Einrichtungen die gewerkschaftliche Devise zum Ausdruck bringen können:

Einer für alle und alle für einen.

Kommt die Ernüchterung und bessere Einsicht?

Das untragbare Verhältnis zwischen Unternehmer, besonders in der Großindustrie und der Arbeiterschaft in Deutschland, kann auf die Dauer kein Vorteil für die deutsche Wirtschaft sein. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß mit dem System der Vorkriegszeit, dem Herrenmenschtum nicht gewirtschaftet werden kann. Der Anerkennung der politischen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer muß die Anerkennung eines Mitbestimmungsrechtes in der Wirtschaft folgen. Und zwar eine Anerkennung, nicht als Frucht einer Kollage, als eine Hagelversicherung, sondern auf Grund einer besseren Einsicht.

Wenn auch in den letzten Jahren anscheinend die soziale Reaktion als der Weisheit letzter Schluß angesehen wurde, so scheint doch, als wenn nunmehr sich die ersten Anzeichen einer Abwendung von diesen Grundfähnen bemerkbar machen. Hierzu rechnen wir die bekannte Rede Silberbergs auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie. So unzulänglich die hierin angegebenen Wege zur sozialen Verständigung auch sein mögen und der nachträglich sich geltend machende Widerspruch das wenige positive auch noch abschwächte, sie war immerhin ein Versuch, die Arbeiterfrage von einer anderen Seite zu betrachten.

Die Frage ist in den Reihen der Wirtschaftsführer aufgeworfen und wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden.

Anfangs Februar fand in Düsseldorf eine Hauptversammlung des Vereines zur Wahrung der gemeinsamen Interessen von Rheinland und Westfalen, eine Vereinigung von Großindustriellen, statt, die sich ebenfalls mit der Arbeiterfrage beschäftigte. Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber sprach über die „Ernüchterung der staatsbürgerlichen Einordnung der Arbeitnehmer in die Nationalgemeinschaft“ und führte hierzu — nach dem Berichte der „Kölnischen Zeitung“ — über das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter u. a. aus:

Wir haben weitbildende und fortschrittlich empfindende Wirtschaftsführer. Und doch ist das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern in Deutschland im ganzen gesehen weit weniger vertrauensvoll als in andern Ländern. Beide Gruppen sind fast organisiert, betrachten einander mit Mißtrauen und kämpfen leidenschaftlich um jedes noch so kleine Entgegenkommen. Dieser Zustand belastet die natürliche Entwicklung unserer Wirtschaft und birgt in sich Gefahren für die Zukunft. Auch auf der Unternehmerseite wird das von vielen erkannt. Man sucht nach Wegen zum bessern Verstehen. Man schaut hinüber nach Amerika, sieht dort das kameradschaftliche Zusammenarbeiten aller im Betrieb Tätigen und empfindet das starke Zusammengehörigkeitsgefühl, das dort die Betriebsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beherrscht. Man beobachtet, daß in Amerika die gewerkschaftlichen Organisationen nicht annähernd die Rolle spielen wie bei uns in Deutschland, und daß das Arbeitsverhältnis dort weit mehr individualisiert ist als bei uns zu Lande.

Aus diesen Beobachtungen ziehen manche den Schluß, daß die erfreulichen Verhältnisse der Neuen Welt auch bei uns erreichbar wären, wenn man nur den Gedanken der Werksgemeinschaft

mit allen Mitteln fördert und auch die Gewerkschaften nach Möglichkeit ausschaltet. Ich halte diese Betrachtungsweise für falsch. Sie beachtet nicht genügend das Historischgewordene. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Gewerkschaften bei uns in Deutschland an der Hebung und Entwicklung der arbeitenden Massen ihr ganzes Verdienst haben, und es muß davon ausgegangen werden, daß diese Ueberzeugung bei der großen Masse der deutschen Arbeitnehmerschaft besonders lebendig ist. Wer daher glaubt, ein befriedigenderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in erster Linie durch Bekämpfung und Ausschaltung der Gewerkschaften herbeiführen zu können, dem fehlt der richtige Blick. Der Gedanke der Interessenerbundenheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betrieb hat gewiß seine ganz große Richtigkeit und Bedeutung. Das hindert aber nicht, daß neben dieser Interessengemeinschaft der natürliche Interessensunterschied zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber als Verkäufer der Ware Arbeitskraft bestehen bleibt. Es hat nun bei uns immer Arbeitgeber gegeben, die Wohlfahrts-einrichtungen für ihre Belegschaft geschaffen haben. Aber es lag im Wesen dieses Systems, daß es die eigne Entscheidung des Arbeiters ausschloß und ihn wohl gar in der freien Verfügung über seine Arbeitskraft einschränkte. In andern Ländern dagegen, insbesondere in Amerika, aber auch in gewissen Wirtschaftszweigen Englands, sah man die Belegschaft als ganzes weit höher als Partner des Unternehmers auf und suchte die Arbeitnehmerschaft durch unmittelbare Teilnahme an den Gewinnen des Betriebs zu interessieren. Dazu kam in andern Ländern eine völlig andre Einstellung zu dem arbeitenden Menschen überhaupt. Ich glaube, daß man die Stimmung unierer Arbeitnehmerschaft niemals richtig verstehen wird, wenn man die politische Seite des Problems nicht klar erkennt und wenn man übersieht, daß die skeptische und vielfach misstrauische Einstellung unierer Arbeitnehmerschaft zum Unternehmertum in unserer politischen Entwicklung ihre Ursache findet. Unter den früheren Verhältnissen in der Zeit des Dreiklassenwahlrechts und der Benachteiligung der dichtbevölkerten Gebiete durch die Reichstagswahlen hatte die Arbeitnehmerschaft weder die politische, noch die gesellschaftliche, noch die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Die neue Verfassung gab ihr das gleiche politische Recht. Die gesellschaftliche und die wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse kann sich nur ganz allmählich vollziehen und läßt sich nicht erzwingen. Sie hängt ab von der geistigen Umstellung unseres Volkes. Die geistige Umstellung ist noch nicht erfolgt, und sie ist nicht nur notwendig bei der Arbeitnehmerschaft selbst, sondern mindestens ebenso bei den führenden Schichten unseres Volkes. Die Arbeitnehmerschaft ringt darum, nicht nur ihre politische, sondern auch ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung im Volke zu erreichen. Sie will ihre Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Volkes anerkannt und geachtet sehen. Sie sieht, wie in den Jahren nach dem Kriege weite Kreise ihr sogar die gewonnene politische Gleichberechtigung wieder streitig machen wollten. Sie steht deshalb in einem besonders treuer Verhältnis zur Republik, die ihr diese Gleichberechtigung gebracht hat. Sie empfindet in ihrem Drang nach Freiheit und Gleichberechtigung alles, was wie politische oder wirtschaftliche Bevormundung aussehend, als unangenehme Last. Der deutsche Arbeiter hat im Kriege und im Frieden neben allen andern Berufsständen so unendlich viel für die Rettung unseres Vaterlandes getan, daß er es als Beladung empfindet, wenn andre seinen nationalen Willen gering schätzen oder zu verkleinern versuchen. Unsere Aufgabe ist es und insbesondere diejenige des deutschen Unternehmertums, der arbeitenden Klasse diese staatsbürgerliche Einordnung in die nationale Gemeinschaft zu erleichtern. Ein Volk, in dem die breiten Massen ohne Glauben an ihren Aufstieg und ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft sind, hat selbst keine Zukunft.

Es ist ganz falsch, zu meinen, daß innerhalb einer solchen Entwicklung das deutsche Unternehmertum an Bedeutung verlieren würde. Auch der freie Mensch braucht Führung und will Führung, die auf Leistung beruht. Aber er lehnt die Herrschaft ab, die nur auf Macht sich gründet. Das Führertum des Unternehmers darf sich nicht beschränken lediglich auf das technische und das organisatorische Gebiet. Es muß sich vielmehr zum Ziel setzen auch die bessere Gestaltung des Verhältnisses von Mensch zu Mensch. Daran ist bei uns in Deutschland noch vieles zu verbessern, im Betrieb nicht nur, sondern auch im ganzen Volk. Wenn wir den Klassenkampf bekämpfen, dann müssen wir selbst alles tun, um die klassenmäßige Trennung innerhalb unseres Volkes zu überwinden. Es darf auch bei uns in Deutschland keine Stände mehr geben, denen gewisse Kreise dauernd angehören, sondern nur Stufen ein und desselben Bürgerstandes, auf dem die einzelnen hinauf- und hinabsteigen, nicht nach dem Verdienst irgendwelcher Ämten, sondern nach der eignen Leistung. So nur wird sich jenes Gefühl wirtschaftlicher Gemeinschaft und nationaler Verbundenheit auch bei uns im Volk vollkommen entwickeln, zu dem wir gelangen müssen.

Uns will scheinen, als wenn der Referent in diesen Ausführungen die richtigen Ursachen gekennzeichnet hätte. Wird erst das Verhältnis von Mensch zu Mensch in den Betrieben ein anderes, wird im Arbeiter

nicht der Untergebene, sondern der Mitarbeiter gesehen, dann erst sind die notwendigen Voraussetzungen für eine Verständigung auch in wirtschaftlichen Fragen bei der Verteilung des Erfolges des Betriebes geschaffen. Hierzu gehört des ferneren, jeden Versuch zu unterlassen, die Unzufriedenheit, den in jedem Menschen stehenden Egoismus, oder auch die Not der Arbeitnehmer zu mißbrauchen, um durch Gründung von gelben Gewerkschaften oder Werksvereinen das in den Gewerkschaften verkörperte Bestreben nach kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegen zu hemmen.

Wie die Ausführungen aufgenommen worden sind, darüber wird nicht berichtet. Jedenfalls aber stellt die Tatsache allein, daß in diesem Vereine ein solcher Vortrag gehalten werden konnte, einen weiteren Schritt nach vorwärts und aufwärts dar. Weit davon entfernt, nun sofort praktische Ergebnisse davon zu erwarten, ist doch damit zu rechnen, wenn die Erkenntnisse im Unternehmerlager wachsen, die Arbeiten und Mühen der Gewerkschaften mehr wie bisher von Erfolg begleitet sein werden.

Insbesondere trifft dieses für unsere Kollegenschaft zu, da bekanntlich neuzzeitige Ideen und soziale Anschauungen sich in den öffentlichen Betrieben am ehesten durchsetzen.

Der Reichsarbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände

gibt kein Verbandsorgan, das „Magazin“, nunmehr in erweitertem Umfange heraus. Die Januarnummer bringt zur Einleitung einen Artikel von Oberbürgermeister Sachsenbrecher, Schwerin, der wohl von programmatischer Bedeutung für den Arbeitgeberverband angesprochen werden kann.

Gegenüber der heftigen Kritik desselben seitens der privaten Arbeitgeberverbände, die ihren Ausdruck unlängst in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ fand und aus den eigenen Reihen, heißt es in dem Artikel:

„Mit einleitender fester Währung steht aber fast die Kritik an den Maßnahmen des Reichsarbeitgeberverbandes und der Bezirksarbeitsgeberverbände ein. Die Vertreter der Bezirksarbeitsgeberverbände fordern eine straffere zentrale Regelung der Bezirksvereinbarungen und ferner Herabsetzung der sozialen Leistungen; die Vertreter der Einzelmitglieder des Reichsarbeitsgeberverbandes fordern vielfach größere Zurückhaltung gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer in bezug auf Lohn, Lohnzuschläge und dergleichen. Es wurden auch Stimmen laut, besonders aus dem Kreise der Betriebsleiter der städtischen Werke, die völlig freie Hand für die Regelung der Lohn- und Tariffragen forderten. Die Betriebsleiter glauben, wenn sie in diesen Fragen freie Hand hätten, ihre Betriebe rentabler gestalten zu können.“

Hierzu muß gesagt werden, daß eine Kritik an den Tarifunterlagen durchaus zuzugestehen ist. Es muß versucht werden, die Tarife für die Arbeitgeber vorteilhafter auszugestalten. Es muß erstrebt werden, in allen wichtigen Fragen eine zentrale Regelung einzuführen.

Der Reichsarbeitsgeberverband erspart seinen Mitgliedern mancherlei lokale Kämpfe und Verdrießlichkeiten. Er berücksichtigt die wirtschaftlichen Verhältnisse des ganzen Reiches und mildert durch seine objektive Einstellung zu Lohn- und Tariffragen die inneren Gegensätze des Volkslebens, die eine Gefundung des Wirtschaftslebens erschweren. Deshalb die Forderung: Ausbau der kommunalen Tariforganisation, nicht Abbau; Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls kommunaler Arbeitgeber, nicht Schwächung; Anerkennung denjenigen Männern, die auf diesem Gebiet in vorderster Reihe stehen, nicht Betrittelung und Bezwangnahme.

Dabei bleibt die Forderung bestehen, um das zum Schluß noch einmal zu betonen, daß die Tarifunterlagen sowohl des Reichsarbeitsgeberverbandes als auch der Bezirksarbeitsgeberverbände immer vollkommener auszugestalten sind. In den Verhandlungen hierüber mit den Vertretern der Arbeitnehmer haben die Vertreter des Arbeitgeberverbandes eine feste Haltung einzunehmen; eine Kampfstellung aber in der Form, so wie ich sie will, so besetze ich, ist nicht einzunehmen. Das erlauben weder die Weltverhältnisse noch die Einstellung der kommunalen Arbeitgeber zu ihren Arbeitern.“

Soweit in diesen Darlegungen eine „Herabsetzung der sozialen Leistungen“, „größere Zurückhaltung gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer in bezug auf Lohn, Lohnzuschläge und dergleichen“ gefordert wird, gehen selbstverständlich die Meinungen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften nach der entgegengesetzten Richtung. Der Inhalt des R. A. E. muß noch mehr der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.

Bemerkenswert ist die Forderung nach einer noch strafferen zentralen Regelung der wichtigsten Tarifbestimmungen. Also ungefähr das Gegenteil von dem wird verlangt, was bisher in weitem Umfange geschah, die Anpassung an die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse. Hierbei tritt der Gegensatz zu den Auffassungen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, die in der bisherigen teilweise zentralen Regelung einen ungesunden Schematismus erblickte, sehr stark in die Erscheinung. Die Gewerkschaften würden jedenfalls gern bereit sein, einer stärkeren zentralen Regelung der hauptsächlichsten Fragen zuzustimmen, wenn der Ausgleich in der Anpassung der schlechteren Verhältnisse an die besseren gesucht wird. Bisher wurde immer versucht in entgegengesetzter Weise die Anpassung zu erreichen.

Jedenfalls werden unseres Erachtens die inneren Gegensätze im Volke besser überbrückt werden, wenn die Gemeinden und ihre Organisationen von den Sachverständigen der Vorkämpfer der privaten Wirtschaft nicht allzu stark beeinflussen lassen.

Öffentliches Recht und Ferngasversorgung

Es vergeht fast kaum ein Tag, wo nicht in den verschiedensten Tageszeitungen über die Ferngasversorgung geschrieben wird. Fast gewinnt es den Anschein, als wenn tatsächliche Interessenpolitik das Primäre und die Befriedigung der Allgemeinheit mit billigen Gas das Sekundäre des ganzen Problems wäre. Die Kämpfe, die sich hinter den Kulissen um die Absatzgebiete abspielen, deuten zum mindesten darauf hin. Auch der Kampf, der sich augenblicklich in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zwischen Thyssen und den Mannesmann-Röhrenwerken um das Röhrenlieferungsgeschäft abspielt, dreht sich einzig und allein um das Geldverdienen. Um einen „Einbruch“ von Thyssen in das Geschäft zu verhindern, wird die angekündigte Ausgabe von 80 Millionen Mark Vorzugstaktien auf 20 Millionen reduziert, deren Kauf die Mannesmann mit der Deutschen Bank schon allein besorgen werden.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Aktien-Gesellschaft für Kohlenverwertung zu schenken. Im Reichskohlenrat hat am 25. Januar der Generaldirektor Dr. Vol von der K. G. für Kohlenverwertung recht interessante Ausführungen gemacht. Uns interessiert als Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe vor allen Dingen die Auslassung: „daß ein Mitbestimmungsrecht der Kolereien für die Gemeinden nicht erbrebenswert sei.“

Das Privateigentum will also unter sich bleiben. Man will auch die Großabnehmer direkt beliefern und die Kleinen den Gemeinden gnädigst allein überlassen. Wie naiv. Also auch hier wieder verdienen und nochmals verdienen.

Für die Rheinprovinz rückt neuerdings die Ferngasversorgung des Aachen-M. Gladbacher Bezirks wieder in den Vordergrund des Interesses. Nachdem Anfang vorigen Jahres Verhandlungen zwischen dem Thyssenwerk in Hamburg und den interessierenden Gemeinden des Aachener Bezirks kaltgefunden haben, zwecks Belieferung mit Ferngas von Hamburg bis Aachen, hat sich im Laufe der Zeit ein dritter Interessent, der Schwelmer Bergwerksverein, dazwischen geschoben. Im Auftrag der Stolberger Handelskammer haben Dipl.-Ing. Anton W. zur Mieden in Barmen und Zivil-Ing. Wilhelm Holzappel in Köln-Nippes folgendes Gutachten angefertigt:

Die sechs von der Handelskammer den Gutachtern gestellten Fragen

lauten zusammengefaßt: Eignet sich das Kohlergas des Schwelmer Bergwerksvereins für die Gasversorgung? Ist das Angebot kaufmännisch befriedigend? Sind über den Vertragsentwurf hinaus noch besondere Einrichtungen zu treffen? Welche wirtschaftlichen Vorteile hat der Aachener Bezirk? Welche wirtschaftlichen Vorteile hat der Schwelmer Bergwerks-Verein? Wie wirkt sich sozial und wirtschaftlich gesehen die Uebertragung der Gasversorgung zum Beispiel an das Ruhrgebiet diesseitig aus?

In der Einleitung wird in dem Gutachten auf die Erfahrungen hingewiesen, die bisher mit der Kohlergaslieferung gemacht wurden. Bemerkenswert sind die Ergebnisse, die in der Stadt Barmen erzielt wurden. Der Gasabjaß ist dort von 100 Millionen Kubikmeter, vor Einführung der Ferngasversorgung, auf über 240 Millionen Kubikmeter gestiegen. Obwohl die Verkaufspreise der städtischen Werke in Barmen beispiellos niedrig sind, führen die Werke doch einen besonders hohen Ueberfluß an die Stadtkasse ab, 20 Mark je Kopf des Versorgungsgebietes. Nach einer Veröffentlichung im statistischen Jahrbuch deutscher Städte hat Dr. Seutemann für das Jahr 1926 bei 70 größeren Städten den Anteil festgestellt, der von den öffentlichen Ausgaben durch die Ueberflüsse der Betriebe gedeckt wird. Danach ist dieser in Barmen besonders hoch mit 17,5 v. H. gegenüber 5,5 in Berlin, 7,5 in München, 9,2 in Köln, 9,9 in Aachen und 5,9 v. H. in Elberfeld.

Die Fragen der Handelskammer werden dahin beantwortet: Das Koksereisgas hat dieselbe Zusammenziehung wie das Gas der städtischen Gaswerke, ist somit auch für die gleichen Zwecke verwendbar. Das Koksereisgas des Eschweiler Bergwerks-Vereins hat nach dem dauernd geführten Analysenbuch seiner größten Kokserei Anna im Mittel 4600 Wärmeeinheiten. Jahrzehntelange Erfahrungen in der Gasherstellung stehen dem Eschweiler Bergwerks-Verein zur Seite. Die Ueberführungsmenge hat im vergangenen Jahre etwa 70 Millionen Kubikmeter betragen; diese Gasmenge wird sich im Lauf der nächsten Jahre auf über 300 Millionen Kubikmeter steigern. Vom Kommunalverband werden vorerst jährlich 30 Millionen Kubikmeter angefordert, so daß quantitativ und qualitativ keine Bedenken bestehen.

Die geforderten Preise sind den Gutachtern nicht bekanntgegeben; diese weisen an Hand einer Berechnung nach, daß der Eschweiler Bergwerks-Verein bei einem zugrunde gelegten Kohlenpreise von 18 Mark je Tonne und einer Abnahme von 30 Millionen Kubikmeter jährlich in der Lage ist, das Gas zum Preise von 3,5 Pfennig je Kubikmeter in die Leitung zu drücken. Diesem Preise ist zuzurechnen die Amortisation der Fernleitung, die Aufwendungen für die Gemeinden und der Gasverlust, der etwa 10 v. H. beträgt. Die Gemeinden würden das Gas mithin frei Gemeindebehälter zum Preise von 4,6 bis höchstens 5,7 Pfennig je Kubikmeter beziehen können. Die Selbstherstellungskosten der in Frage kommenden Gemeinden wird mit über 10 Pfennig je Kubikmeter frei Gasbehälter angegeben.

Die drei Städte Aachen, Stolberg und Eschweiler sollen, da die Leitung teilweise durch Bergbaugesbiet führt, durch eine Ringleitung mit den Koksereien verbunden werden, die Städte Düren und Jülich durch Einzelleitung. Sämtliche Leitungen werden in nachfolgenden Röhren, deren Enden untereinander verschweißt werden, verlegt. Die vorerst angeforderten 82 200 Kubikmeter täglich können durch eine neuzeitlich eingerichtete Ofenbatterie von 50 Ofen erzeugt werden, die Leitung wird aber nicht von einer Ofenbatterie, sondern von neun Ofenbatterien gespeist, außerdem stellt der Eschweiler Bergwerks-Verein noch zwei große Gasbehälter auf. Bei einem etwaigen Streik reicht der in den Untertun stets vorhandene Kohlenvorrat für 87 Tage aus, der Eschweiler Bergwerks-Verein verpflichtet sich aber, den Kohlenvorrat weiter zu vergrößern, so daß die Gasversorgung stets für zwei Monate gesichert ist. Die technischen Einrichtungen der neuzeitlich eingerichteten Ofenbatterien brauchen zu ihrer Inbetriebhaltung nur wenige Leute; diese können aus Angestellten, die im Beamtenverhältnis stehen, gestellt werden. Die Sicherheit sowohl für den regelmäßigen Gasbezug wie auch im Ausnahmefalle bei Streik wird als vorhanden bezeichnet.

Die Gesamtkostenherzeugung des E. B. V. hat 1926 etwa

900 000 Tonnen betragen. Die Hüttenwerke des Konzerns (Arbed), dem der E. B. V. angehört, haben einen Jahreskoksbedarf von 2 Millionen Tonnen, auf diese Produktionsquote will sich der E. B. V. bis Ende 1928 einstellen. Die Produktions-erweiterung um 1,1 Millionen Tonnen Koks erfordert eine Erhöhung der Kokslofenförderung von etwa 3 Millionen Tonnen; hierdurch wird eine Vermehrung der Belegschaft von 11 000 Mann nötig, wodurch ein Bevölkerungszuwachs von 28 000 Menschen bedingt wird. Die Mehrausgaben an Gehältern und Löhnen werden für den E. B. V. etwa 22 Millionen Mark jährlich betragen, eine Summe, die von größter wirtschaftlicher Bedeutung für den Aachener Bezirk sein wird.

Die Konzernhüttenwerke liegen in Luxemburg, sind daher für den E. B. V. nur mit erheblichen Frachten zu erreichen. Dem Konzern Arbed gehören weitere Zechen an, die in der Campine liegen, diese haben ebenfalls gute Kokssteine; fruchtlich haben diese Zechen gegenüber dem E. B. V. einen Vorsprung von 1,75 Mark je Tonne. Gelingt es dem E. B. V. nicht, das Koksgeschäft über den Gasverkauf zu finanzieren, so wird der Konzern entweder den Koks von seinen Campinezechen beziehen oder die Kohle von beiden Zechengruppen in Luxemburg verteilen, wo er auf seinen ausgedehnten Hüttenanlagen reichliche Eigenverwertung für das Gas hat. Damit wären die ganzen Vorteile für den Aachener Bezirk verloren.

Technisch bestehen keine Bedenken, das Gas von der Ruhr zu beziehen; die großen Ferngasunternehmungen dort würden sich mit Leichtigkeit auf die Mehrlieferung einstellen, auch bietet die Ueberwindung der 140 Kilometer betragenden Entfernung heute kein Hindernis. Volkswirtschaftlich würde es jedoch nicht zu verstehen sein, wollte man in das eine Kohlenrevier aus einem andern 140 Kilometer entfernten Kohlenrevier Gas leiten, wenn in beiden Revieren gute Kokssteine vorhanden sind. Restlos würden dem Aachener Bezirk die geschädigten sozialen und wirtschaftlichen Vorteile beim Bezug des Gases von der Ruhr verloren gehen. Ein erheblicher Geldstromzufluß von etwa 22 Millionen Mark, eine bedeutende Abnahme der Erwerbslosen, die Belebung der Bauindustrie, die Mehreinnahmen an Steuern und manches andere würden dem Aachener Bezirk unwiederbringlich verloren gehen, wollte man das Gas von einem fremden Bezirk beziehen. Einem großen Steinkohlenunternehmen würde ein sehr schwerer wirtschaftlicher Schlag verfehlt, und der deutschen Volkswirtschaft würde eine bedeutende Auslandslieferung, durch die kein anderes deutsches Unternehmen geschädigt wird, auf viele Jahre verloren gehen.

Zusammenfassend kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, daß hier, bedingt durch eine Koksauflieferung, ein Ferngasbezugabkommen abgeschlossen werden kann, bei welchem die Vorteile sowohl für den Vertragsschließenden wie auch für die ganze Bewohnererschaft des Aachener Bezirks derart greifbar zu-

Umformungen in der Wirtschaft.

Von Franz Anton Bechtold, Volkswirt RDB.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Die Ausdrücke „Alles fliehet“ und „Alles bewegt sich“ gefallen mir nicht recht. Das Wasser fliehet, Menschen und Tiere bewegen sich, die Himmelskörper bewegen und drehen sich. Es ist eine Vergewaltigung der Sprache und eine unberechtigte Verallgemeinerung, zu sagen „Alles fliehet“. Und wenn sich auch Kohlen, Erze und Steine im Innern der Erde mit ihr bewegen, so ist es doch falsch, von einer Bewegung der im Erdinneren vorhandenen Körper und Stoffe zu sprechen. Sie haben keine Eigenbewegung in dem Sinne, wie sich die Erde, die Menschen oder Tiere bewegen. Richtiger ist: Das Weltall entwickelt sich fort und fort, alles formt sich um oder wird umgeformt. Weil wir das mit unsern Augen nicht sehen, werden wir es nicht gewahrt. Wir nehmen die nicht wahrnehmbare Entwicklung hin wie etwas Unabänderliches, oder wir denken nur an das, was uns gerade im Augenblick bewegt, bedrückt, höher stimmt oder erfreut.

Es ist nicht jedermanns Sache, das Seiende Ursprünglicher zu bedenken. Dem einen fehlt die Zeit hierzu, dem andern die besondere Schulung, dem dritten die Neigung. Einem gewissen Bestand an zuverlässigem wirtschaftlichem, beruflichem und gesellschaftlichem Wissen sollte sich jeder aneignen. Allerdings wer lernen soll oder lernen möchte, muß fragen können. Das Fragenkönnen ist bedeutsamer als das Behaupten. Behaupten kann jeder, ordentlich fragen können weniger Menschen. Es ist aber gang und gäbe, zu sagen, „Das ist so“, wo zu fragen wäre. Wie ist's damit, was läßt sich dafür, was dagegen sagen, welche Gründe und Beweise sind dafür vorhanden, was ist wirtschaftlich, gesellschaftlich, gesundheitlich und sittlich wichtigen Beobachtungen und Darstellungen zu entnehmen? Es gehört für einen Menschen, der sich an die 25 Jahre mit Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftsführung, Ertrags-, Einkommenssteigerung (kurz: Wohlstandsbildung) befaßt hat, viel Geduld dazu, nicht zu beweisende Behauptungen über sich ergehen zu lassen. Volkswirtschaft und Privatwirtschaft werden immerzu miteinander verwechselt oder nicht auseinandergehalten. Ueber die Preis-

bildung gibt es Märchen und Legenden, ebenso über Arbeitszeit, Arbeitsleistung und Kaufkraft. Heute ist die Erkenntnis aller dieser Fragen sehr weit gediehen. Wir können zwar nicht ganz bestimmt sagen: So und so ist es in dieser Frage, aber soweit sind wir, daß wir sagen können: die und die Tatsachen wirken bei der Preisbildung mit, diese tragen zum Steigen und jene zum Fallen bei. Wir wissen auch so ziemlich, welche Arbeitszeit am ertragreichsten, wirtschaftlichsten und lustvollsten ist. Und von der Kaufkraft wissen wir wenigstens so viel, daß es in unserer Macht ist, sie ganz gehörig zu heben. Was wir über Arbeitszeit und Arbeitsleistung wissen, reicht auch aus, die Arbeitslosigkeit zu mildern und nach und nach aus der Welt zu schaffen.

Allerdings, mit dem Wissen ist die Um- oder Neugestaltung noch nicht vollzogen. Dadurch, daß wir etwas wissen und erkennen, ist noch nichts geschafft, noch nichts vollbracht. Unser Wissen hilft uns keinen Deut, wenn es beim Wissen bleibt. Alles Kennen, Erkennen, Klugsein, Klugreden vererbt wie die Welle im Meere, wenn nicht danach gehandelt wird. Wenn das als richtig oder zweckmäßig Erkannte nicht richtig oder zweckmäßig ausgeführt wird, was das Kennen und Erkennen (das Wissen um die Dinge) umsonst. Für die Ausführung gilt das Schillerwort: „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort; eng ist die Welt, und das Gehirn ist weit. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sie die Sachen“. (Anstatt Jugend könnten wir sagen: die Unwissenden und Unerfahrenen.) Sinngemäß aufgefacht heißt das: Die Gedanken vertragen sich leicht, sollen sie aber ausgeführt werden, dann hapert's. Nicht weil die Gedanken falsch sind, hapert's, sondern weil die und jene Menschen glauben, die Ausführung schädliche sei. Der Umkehrung richtiger Gedanken in die Tat wirkt aber auch entgegen, daß es vielen an der Tatkraft und Ausdauer fehlt. Wenn wir heute wissen: so und so ist das, so und so läßt sich das verwirklichen, dann ist es morgen noch nicht umgesetzt. Manche Erkenntnisse brauchen Tage, andere Monate und Jahre, andere viele, viele Jahre, bis aus ihnen wird, was aus ihnen zu machen ist.

Weniger wir aber darüber nachdenken, wieviel Zeit wir noch haben, bis die Verwirklichung einer Angelegenheit drohen, sollten wir bedenken, ob es sich um Umstände oder Verhältnisse

tage liegen, daß sich ein gleich günstiger Fall kaum ein zweites Mal im Reich finden dürfte. Dem Kommunalverband wird der Ferngasvertragsabschluss mit dem E. B. V. von den Gutachtern aus vollster Ueberzeugung empfohlen.

Zu dem Gutachten ist folgendes zu sagen: Der gestiegene Konsum, Hinweis auf Barmen, ist bestimmt nicht allein auf die Ferngaslieferung zurückzuführen, sondern darauf, daß das Publikum mehr und mehr die Vorteile des Gasverbrauchs erkannt hat. Die gleiche Feststellung der Erhöhung des Gasverbrauchs macht man ja auch in jenen Städten, die nicht der Ferngasversorgung angeschlossen sind. Auch die Angaben über den besonders hohen Verbrauch im Gegensatz zu anderen Städten, den das Barmer Gaswerk an die Stadtkasse abführt, sind in dieser Schreibart etwas unklar. Das Barmer Gaswerk ist deshalb in der Lage, eine verhältnismäßig hohe Summe an die Stadtkasse abzuführen, weil Barmen bevorzugter Abnehmer von Siedergas ist.

Auch trifft es nicht zu, daß die Selbstherstellungskosten der in Frage kommenden Gemeinden 10 Pfennig je Kubikmeter ausmachen. Nach den Berechnungen betragen die Erzeugungskosten je Kubikmeter Gas im Gaswerk Aachen in den Jahren 1924/25 6,74 Pfennig und 1925/26 6,61 Pfennig.

Im übrigen kann uns auch dieses Gutachten nicht überzeugen, daß die Gasversorgung eines so großen und bedeutungsvollen Wirtschaftsgebiets wie Aachen, ausgeführt werden soll von der Privatwirtschaft. Alle Bestrebungen des Schweizer Bergwerksvereins in Ehren, die Wurmtohle dem Aachener Gebiet nutzbar zu machen, die Kohlenlieferung zu steigern, um dadurch angeblich 11 000 Mann mehr einstellen zu können. Wir vertreten jedoch dabei die Auffassung, daß dieses dergestalt geschehen kann, indem das Aachener städtische Gaswerk modernisiert, die Kohlenlieferung vom Schweizer Bergwerksverein erfolgt und die Ferngasversorgung vom städtischen Gaswerk Aachen aus durchgeführt wird. Daß modernisierte kommunale Gaswerke noch billigeres Gas als zum Preise von 4,6 bis 5,1 Pfennig je Kubikmeter herstellen können, ja sogar zu einem Preise von 3,9 Pf., haben wir durch frühere Artikel bewiesen. B

Borgen macht Sorgen.

Eine dringende Warnung.

Der deutsche Handel ist noch immer überjert. Die Zahl der Handelsunternehmungen steht immer noch nicht in einem gesunden Verhältnis zum Konsum. Viele volkswirtschaftlich vollständig zwecklose und überflüssige Geschäfte versuchen sich mittels des Borgsystems einen Kundentkreis zu schaffen und zu halten. Vor diesem System kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, wie folgendes Beispiel zeigt.

handelt, die wir beeinflussen, also ändern können. Die Weltumwandlungen mit all ihren Wirkungen können wir nicht ändern, wohl aber doch zum großen Teil die Ursachen, die den Preis einer Ware, den Arbeitslohn, die Arbeitsleistung, die Kaufkraft bestimmen. Zum Aendern brauchen wir bestimmte Mittel oder genauer: die erfolgreichsten oder wirksamsten Mittel. Wir erkennen daraus, daß ein großes Maß von Kenntnissen, Erkenntnissen, Geschicklichkeit und Gestaltungskraft dazu gehört, wirtschaftliche Vorgänge zu ändern, umzuformen und ertragreicher zu gestalten.

Im gesamten wäre zu fragen: Ist etwas veränderbar, ist es wünschenswert, daß es geändert wird? Wie ist es zu ändern, welche Mittel eignen sich dazu, welches sind die wirksamsten? Dann: Wer weiß und kann am meisten in solchen Fragen (eignet sich am besten zur Durchführung)? Wie lange kann die Durchführung nach wohlbedachter Abschätzung dauern? Sind diese Fragen geklärt, dann kommt eine andere Gruppe von Fragen. Wenn Kräfte zur Verwirklichung in einer Richtung angelegt sind, tauchen oft Kräfte auf, die dagegenwirken. Es kommt hier darauf an, wie stark sie an Zahl und Beschaffenheit sind, welche Verhältnisse entstehen, wenn die Kräfte gegeneinander wirken. Es ist im voraus zu bedenken, was geschehen soll, wenn man die Gegenkräfte überschätzt oder unterschätzt hat. Verhältnisse und Umstände können entstehen, die im voraus nicht abschätzbar sind (sogenannte Imponderabilien = unwägbar und unmeßbare Dinge, die vorhanden sind und wirken, ohne daß wir etwas davon wissen). Zu Beachten ist, daß keine fördernde Umformung gelingt, die nicht gut bedacht und überlegt ist. Wer etwas umformen möchte, muß wissen, wie man das macht. Ohne geeignetes, anwendungsfähiges Wissen gibt es keine richtige oder zureichende Ausführung. Ob es sich um die Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung, Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Arbeitsbedingungen, Velleidung, Wohnung, Bildung, wirtschaftliche, geistige oder sittliche Bedürfnisse handelt — wer an den bestehenden Zuständen etwas ändern will, muß eben diese Zustände kennen. Er muß abschätzen können, ob und in wie weit sie veränderbar sind. Damit ist aber erst ein Stück der zu leistenden Arbeit vollbracht. Allerdings eine sehr wichtige Stück. Diese Arbeit gleicht der Tätigkeit, die dem Entwurf eines Bauplanes vorausgeht. Das Denken und Bedenken

Ein Mitglied unseres Verbandes in Köln kaufte in einem Geschäft für seine Söhne zwei Anzüge zum Gesamtpreise von 190 Mark. Ob der Preis angemessen war, konnte nicht mehr festgestellt werden. Der Käufer zahlte 50 M an und verpflichtete sich, den Rest in monatlichen Teilzahlungen abzutragen. Der Kaufmann ließ sich zur Sicherheit für den Restbetrag einen Wechsel über 140 M unterschreiben. Obwohl der Käufer seinen Verpflichtungen reiflich nachkam, gab der Kaufmann den Wechsel in Umlauf, der dann auch pünktlich am Verfalltage dem Käufer zur Zahlung präsentiert wurde. Da diese verweigert, ging der Wechsel zu Protest. Pfändung, Beschlagnahme des unpfindbaren Teiles des Lohnes war die Folge. Der Kollege mußte nochmals zahlen. Allerdings kann er nunmehr vom Kaufmann den zuviel gezahlten Betrag zurückverlangen, eventuell auch Anzeige wegen Betrugs erstatten. Damit aber ist er noch nicht wieder im Besitze seines Geldes. Macht der Kaufmann pleite, überträgt er das Geschäft auf einen anderen Namen um, und selbst bei einer Bestrafung wegen Betruges hat der Kollege das Nachsehen. Bekommt er im günstigen Falle sein Geld und seine Unkosten zurück, hat er doch all den Ärger, Aufregung und Unannehmlichkeiten, die mit dem Besuch des Gerichtsvollziehers, der Lohnbeschlagnahme und dem Prozesse zusammenhängen. Deshalb hinweg mit dem Borgsystem. Borgen bedeutet unter keinen Umständen eine Besserung der Lebenshaltung, aber immer das Gegenteil, da nicht nur die Waren beim Borgsystem stets teurer sind, sondern auch zu Anschaffungen verleitet, die in der Regel bei Barzahlung nicht gemacht werden. Zu leicht geht hierbei das weniger Wichtige dem Zweckmäßigen vor.

Besondere Vorsicht ist bei Leistung von Unterschriften geboten. Wer einen Wechsel unterschreibt, muß auf alle Fälle mit der Vorzeigung zur Zahlung rechnen. Ueberhaupt kann nicht eindringlich genug vor der Leistung einer Unterschrift gewarnt werden. Selbst die Unterschrift der Frau verpflichtet in den meisten Fällen auch den Mann zur Zahlung.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Kommt das Notgesetz über die Arbeitszeit?

Das neue Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 8. Febr. seine geschäftsordnungsmäßige Zustimmung zu den drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers erteilt, welche auf Grund des § 7 des bestehenden Arbeitszeitgesetzes die Arbeitszeit für gewisse Arbeitergruppen in den Gaswerken, Metallhütten und der Glasindustrie auf acht Stunden beschränken. Anlässlich dieses Beschlusses gab das Kabinett ferner seine Einwilligung zu einer beschleunigten Erledigung des in der Regierungserklärung bereits angekündigten Notgesetzes über die Arbeitszeit.

ist immer der Anfang, und ohne diesen Anfang gibt es keinen Fortschritt. Manche glauben nun, wenn man einmal die Erkenntnis bestimmter Zustände habe, sei es leicht, die Verbesserung zu bewirken. Nichts einfacher als das, sagen Unüberlegte: Es wird gesetzlich bestimmt, was in Zukunft zu geschehen hat. So ungefähr, glauben sie, wäre die Sache zu machen. Sie meinen, es könne alles gesetzlich geregelt werden, was zu tun und zu lassen sei, und wenn alles so geordnet würde, dann sei alles gut. In gesetzliche Vorschriften läßt sich aber nicht alles Wünschenswerte bringen. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sie sich. Das heißt: Nicht alle Gedanken aller Menschen wohnen leicht beieinander, sondern, beim einzelnen Menschen wohnen sie leicht beieinander. Jeder denkt an sich, an seine Erfahrungen, seine Wünsche, und die der andern kennt er nicht, und wenn er sie kennen lernt, muten sie ihn fremd an, ja vielleicht hält er sie für falsch, unnützig oder gar empörend. Der andere aber glaubt auch, daß er etwas Nichtiges oder Zweckmäßiges erstrebe. Es gehört dann nicht viel dazu, und die Sachen stoßen sich hart im Raume. Versucht jeder der sich Widerstrebenden, seine Gedanken zu verwirklichen, dann geht es hart auf hart. Am Ergebnis des Kampfes sehen beide, was zu erreichen war. Der Mächtigere siegt, nicht der, der von seiner Sache besser überzeugt war. Der Mächtigere heißt: Der Wissendere, Geübtere, Geschicktere, mit wirksameren Mitteln Berechnete. Das gilt für den Verkehr der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern, für den Wettbewerb im Groß-, Mittel und Kleingewerbe und im Handel, und es gilt im Wettkampf der einzelnen Volkswirtschaften untereinander. Wer in der Wirtschaft umformen möchte, muß das hierzu nötige Wissen und Können haben. Mit den Worten (den Kenntnissen und Erkenntnissen) allein ist nichts zu machen. Die richtige Anwendung der richtigen Erkenntnisse schafft erst das gewünschte Ergebnis.

Eben hörte ich im Rundfunk einen Vortrag über den Entwurf eines Reichsarbeitszeitgesetzes an. Der Vortragende wußte viel darüber zu sagen, und als er endete, hatte er die wichtigsten Vorschläge nur angedeutet. Im Grunde: Abschließende Arbeitszeit (dazu gab er keine Begründung), dann die Ausnahmen und wann, wo und beim wem Ausnahmen. Die besonderen Verhältnisse und Bedingungen der Betriebe mit den besonderen Bedürf-

Die Verordnung über die Arbeitszeit in den Gasanstalten lautet:

„Auf Grund des § 7 Absatz 2 und des § 15 Absatz 1 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgebl. I S. 1249) wird hiermit verordnet:

Artikel 1.

In Gaswerken, in denen Leuchtgas hergestellt wird, findet die Beschränkung des § 7 Absatz 1 der Arbeitszeitverordnung auf diejenigen Arbeiter Anwendung, die im Ofenhaus mit dem Bedienen oder Ausbessern der Gasöfen und mit dem Abschleppen der Generatoren beschäftigt sind.

Für Kokerereien im Sinne der Verordnung über die Arbeitszeit in Kokerereien und Hochofenwerken vom 20. Jan. 1925 (Reichsgebl. I S. 5) gilt die vorgenannte Verordnung.

Lebt ein Arbeiter eine der im Absatz 1 bezeichneten Tätigkeiten nur während eines Teils seiner Arbeitszeit aus, so greift die Beschränkung des § 7 nur an denjenigen Tagen Platz, an denen er mindestens vier Stunden damit beschäftigt wird.

Artikel 2.

In Betrieben, die durch Artikel 1 Abs. 1 betroffen werden, ist der Arbeitgeber verpflichtet, einen Abdruck dieser Verordnung im Betrieb an sichtbar Stelle auszuhängen.

Artikel 3.

Die Verordnung tritt am 1. April 1927 in Kraft.

Berlin, den 9. Februar 1927.

Der Reichsarbeitsminister,
gez. Dr. Brauns.

Da diese Verordnung sich nur auf die sogenannten „Feuerarbeiter“ bezieht, für die in den Gemeindebetrieben fast durchweg der Achtstundentag, die dreiteilige Schicht, eingeführt ist, ist sie für unsere Kollegen von nur geringer Bedeutung. Etwas Bedeutung hat sie für unsere Kollegen hinsichtlich der Ferngasversorgung, da nunmehr auch die privaten Gaswerke und Ferngasanstalten den Achtstundentag für die Feuerarbeiter einführen müssen und so die Schichtkonferenz dieser Werke, soweit sie sich auf eine längere Arbeitszeit begründete, eingeschränkt ist.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Reichsindexziffer im Jahre 1926.

Die Entwicklung der Reichsindexziffer im Jahre 1926 hat ab April bis Dezember, mit einer Ausnahme im September, eine steigende Tendenz gezeigt und damit wohl auch den Nachweis, daß die Verteuerungssaktion wirklich da ist. Die Entwicklung zeigt nachstehende Tabelle.

Monat	Index neu	Abweichung gegen Vormonat v. S.
1913/14	100	—
1926		
Januar	139,8	-1,0
Februar	138,8	-0,7
März	138,3	-0,4
April	139,6	+0,9
Mai	138,9	+0,2
Juni	140,5	+0,4
Juli	142,4	+1,4
August	142,5	+0,1
September	142,0	-0,4
Oktober	142,2	+0,1
November	143,6	+1,0
Dezember	144,3	+0,5

Ludwig Schilling †.

Ludwig Schilling, Mitgründer unserer Ortsgruppe Augsburg und Vorstandsmitglied derselben von 1912 bis 1926, ist am Donnerstag, den 3. Februar, kauft verstorben. Mit dem Kollegen Ludwig Schilling ist ein echter, überzeugungstreuer Gewerkschafter dahingegangen, der durch anderem Kollegen zum Vorbilde dienen konnte. Als Vorstandsmitglied mit einer kleinen Schar von Genossen arbeitete er unermüdet aktivistisch für den Verband und setzte seinen Kollegen sein Können und Wissen als Gewerkschafter zur Verfügung. Er war ein gerader Charakter von besonderer Natur, aber zugleich auch verständlich, wo Differenzen zu schlichten waren. Das Vertrauen seiner Kollegen setzte ihn zweimal als Delegierten zu unseren Verbandstagen, er war 3 Jahre Mitglied der Landesratkommission der bayerischen Gemeindearbeiter, Vertreter der Betriebskrankenkasse der Gemeindearbeiter Augsburg und Betriebsrat im Betriebe der Landestrafenreinigung. Infolge eines Leiden wurde er im vergangenen Jahre in den Ruhestand versetzt, wonach ihn die vorjährige Generalversammlung als Ehrenvorsitzenden aus Anerkennung seiner 14jährigen Tätigkeit wählte. Die erhoffte Besserung seines Leidens trat nicht ein, sondern eine Verschlimmerung desselben, die ihn nun im Alter von 62 Jahren dahinschickte.

Die Augsburger Kollegen und Kolleginnen verbanden ihrem verstorbenen Kollegen vieles. Trodem sein Leiden begünstigt zu einer unangenehmen Stunde anbrach, erschien eine stattliche Anzahl von Verbandskollegen. Die Kollegen Schütz und Gafel leiteten namens der Ortsgruppe und seines Betriebes, Betriebsratsmitglied Müller für das Ortsrat und den Rath, Arbeiterverein St. Georg Kränze nieder. Bezirksleiter Weigler hielt neben den Vorgesetzten am Grabe des Verstorbenen eine Trauerrede, in der er das Wirken des Verstorbenen schilderte und ihm Worte des Dankes in das Grab nachrief, und im Namen des Zentralvorstandes einen prächtigen Kranz niederlegte. An der Beerdigung nahmen Herr Sozialrat Wölhoff von der Bayer. Volkspartei und Herr Stadtrat Schüller als Vertreter der Zentralkasse des freien Verbandes teil. Würde dem letzten Verbandskollegen der Himmel alle die Opfer lohnen, die er für seine Kollegen und die christliche Arbeiterschaft brachte. Seine Augsburger Kollegen und Kolleginnen werden ihn stets ein treues Andenken bewahren.

nissen der Arbeitnehmer in Uebereinstimmung zu bringen und dabei auch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen, ist sicher nicht so leicht und nicht so einfach. Der Entwurf zu diesem Gesetz geht von der Einsicht aus, daß die menschliche Arbeitskraft nicht zu früh verwertet (Jugendkraft) und nicht überanstrengt, also zu früh verbraucht wird. Solche Forderungen klingen heute so ganz selbstverständlich. Es ist aber noch nicht so lange her, daß Kinder so viel wie möglich ausgenutzt werden konnten, wo man für Frauenschutz und Frauenaufzucht (etwa bei Schwangeren) sehr wenig übrig hatte und die Arbeitszeit im allgemeinen unangemessen hoch war. Wie im einzelnen nun auch die Vorschriften über die Arbeitszeit und die Bezahlung von besonderen Arbeitsstunden ausfallen mögen, wir müssen uns einmal klar machen, welche Denkarbeit nötig war, welche Umformungen der Ansichten zu schaffen waren, bevor es zu diesem Entwurf kam.

Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaft nicht ertragsloser, die Menschen (im allgemeinen) nicht wohlhabender werden können, wenn nicht zuvor das Denken umgeformt ist. Man denke sich zunächst an die Wirtschaftsfaktoren: Vermehrung des Ertrags, des Lohnes, Gehalts oder Einkommens. Die Menschen aber rein denkmäßig dazu zu bringen, nach einer Vermehrung des Einkommens auszusuchen und sich die Bedeutung der Vermehrung klarzumachen, kostet viel Hirnschmalz. Und wenn Wunsch und Begehren, die Stimmung dafür geschaffen ist, dann heißt es auch, den größeren Ertrag zu schaffen und das größere Einkommen zu erzielen.

Wenden wir bei der Arbeitszeit: So wichtig es ist, die für den einzelnen Menschen und die Gesamtheit zweckmäßigste Arbeitszeit herauszufinden und zu sichern, so dürfen wir darüber nicht übersehen, daß Arbeitszeit, Arbeitsleistung und Arbeitslohn eng miteinander verflochten sind. Von der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung ist der Lohn oder das Gehalt abhängig. Das heißt: Wir dürfen nicht in der Lösung einer Frage unser Ziel erblicken, sondern wir müssen uns Reiz der großen allgemeinen Zusammenhänge bewußt sein. Es wäre eine große Vernachlässigung, wenn wir uns mit der Erkenntnis begnügen: Lohn und Gehalt laßt das Einkommen des Unternehmers ergeben sich aus der Arbeitsleistung im gesamten. Es muß von neuem gesagt und erreicht werden: Ist die Arbeitsleistung etwas ein

für allemal Gegebenes, Unabänderliches, und weiter: Ist die Leistung nur mit Handkraft, Maschinenkraft herbeizuführen, oder gibt es noch andere Tatsachen, die sie fördern:

Solche Tatsachen gibt es, z. B.: Das gründliche Vorbedenken aller zusammengehörigen Arbeitsvorgänge, die zweckmäßigsten und erfolgreichsten Arbeitsverfahren (Arbeitsmethoden), die wirksamsten Geräte und Maschinen (nicht die üblichen), der Einkauf zur rechten Zeit, am rechten Ort, der Verkauf zu glücklicher Zeit, die wirksamste Organisation im Betrieb, im Lager, in der Buchhaltung, in der Kassensführung (Verwaltung, wie man sagt), und manche andere Tatsachen bestimmen mit die Arbeitsleistung oder den Erfolg eines Unternehmens. Es ist also nicht so, daß die Angestellten und Arbeiter die Leistung in der Hand haben, sie nach Gutdünken bestimmen können.

Gewiß, einen Teil der Gesamtleistung bestimmen sie, auf einen großen Teil aber haben sie keinen Einfluß. Das wird bei den Fragen der Arbeitszeit, der Arbeitsleistung und des Arbeitslohnes oft übersehen oder zu wenig beachtet. Die Arbeitnehmer können ihr Höchstes und Bestes geben — wenn der Betrieb nicht die wirksamsten Werkzeuge und Maschinen, die vorteilhafteste Kraft, die wirksamsten Arbeitsarten, die durchgebildete Buchführung, Berechnung und Organisation hat, wird ein geringerer Ertrag geschaffen, als wenn ein Unternehmen im gesamten auf der Höhe ist.

Ein Unternehmen, das in allen betrieblichen und verwaltungsmäßigen Angelegenheiten auf die wirksamste Art durchgeführt ist, braucht kein Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmer. Nur kümmerliche, mangelhaft arbeitende Betriebe haben den Druck nötig. Die anderen erarbeiten so viel, daß sie (von einzelnen Ausnahmen abgesehen), nicht nur mit acht Stunden auskommen, sondern daß sie auch bessere Löhne zahlen für eine zweckmäßigere Vorbildung der Jugend lernen, kurzum: bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse im gesamten schaffen können. Von heute auf morgen ist nicht alles auf den wünschlichen Stand zu bringen, daß wohl jeder, der die Verhältnisse kennt. Diese Erkenntnis darf aber kein Freibrief sein für die Langsameren, Unentschlosseneren, Unwissenderen und Ungeschickteren. Sie alle müssen sich ein Raster am durchgebildeten, am vorbildlichsten Betrieb nehmen und danach handeln.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Konferenz der Verwaltungsstellen Münster und Dortmund.

Die Verwaltungsstellen Münster und Dortmund hielten am Sonntag, den 6. Februar 1927 in Hamm i. Westf. eine Jahreskonferenz ab, die von den Ortsgruppen nicht nur gut besucht war, sondern die auch in den Referaten, Jahresberichten und der Aussprache zeigte, daß solche Konferenzen notwendig und auch fruchtbringend für unsere Bewegung ist. Anwesend waren rund 70 Delegierte.

Bezirksleiter Kollege Forstmann behandelte in einem Vortrag die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer. Seine mit gutem Zahlenmaterial versehenen Ausführungen gingen aus von der Stabilisierung 1924 und folgten klar, daß Industrie und Gewerbe durch diese Zeit nicht nur gut zurückgekommen, sondern sich ausgezeichnet entwickelt habe, während das Meiste kommen der Lohn- und Gehaltsempfänger immer mehr sanken ist. Daß es dem Arbeitnehmerstande schlecht gehe, sei nicht allein eine Folge der gesamten wirtschaftlichen Lage, welche die von den Reparationspflichten engem Zusammenhang stehe, sondern das Missetehen, die Gleichgültigkeit breiter Arbeitnehmermassen hat auch dazu beigetragen, daß die Macht und vielfachen Brüstungen der Arbeitgeberkreise so an Ausdehnung gewinnen konnte. Wir als Gewerkschafter haben dafür zu sorgen, daß unsere Reihen geschlossen bleiben, damit auch von den Arbeitnehmern der Pfad befreit werden kann, der ihnen aufliegt.

Die Kollegen Girard, Münster und Stegemann, Dortmund erläuterten die Jahresberichte für ihre Verwaltungsstellen, aus denen zu ersehen war, daß unsere Bewegung gut vorangekommen ist. Manche Winke in bezug auf Agitation, Zusammenarbeit zwischen Führern, Vorstand, Vertrauensleute und Mitgliedern, Kaszentralführung usw. konnten im Zusammenhang mit den Berichten gegeben werden. Auch diese Berichte wurden von den Anwesenden mit voller Begeisterung entgegengenommen.

Ueber das **Verhältnis zwischen uns und den „Kasziern“** sprach hierauf Verwaltungsstellenleiter Kollege Girard, Münster, dessen Ausführungen durch praktische Winke für die jetzt bevorstehenden Betriebsrätewahlen vom Kollegen Stegemann, Dortmund ergänzt wurden.

In der regen und ausgiebigen, von guter Mitarbeit jugendlicher Ausschüsse beteiligten sich Kollegen aller im Verbände vereinigten Unterabteilungen (Gemeindeführer, Straßenbahner, Krankenpfleger, Straßenwärter usw.) aus Dörpe, Viefels, Hamm, Dorahorst, Gütersloh, Marsberg, Deteln, Mengede, Rheine usw.

Nach vierstündiger Dauer schloß der Bezirksleiter Kollege Forstmann die anregende und harmonisch verlaufene Tagung mit dem Wunsch, die gesammelten Erfahrungen auch in den Ortsgruppen weiter zu verarbeiten zum Wohle unseres Zentralverbandes und der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Dresden. In der Vorkriegszeit wurde den städtischen Arbeitern nach Vollendung des 10., 15. und 20. Dienstjahres eine besondere Gratifikation von 30 bis 50 Mark ausgezahlt. Auf Verreiben der freien Gewerkschaften und der von ihnen gestellten Betriebsräte wurde diese Einrichtung aber abgeschafft, ohne an dessen Stelle etwas anderes zu setzen, wodurch ein Nachschuß geschaffen worden wäre.

Auf eine Eingabe unseres Verbandes hin ist die alte Einrichtung nunmehr wieder eingeführt worden und kommen die Dienststrämlinge wieder zur Auszahlung.

Selbstverständlich findet sich heute kein Mitglied oder Funktionär der freien Gewerkschaften, der die festgelegten Beträge anzunehmen sich weigert.

Münster. Unsere diesjährige Generalversammlung wurde am 16. Januar abgehalten. Der Vorsitzende Kollege Helmreich erstattete den Geschäftsbericht, aus dem zu ersehen war, daß unsere Ortsgruppe in ihrer guten Entwicklung auch im abgelaufenen Jahre nicht gehindert wurde. Aus dem Kaszentralsbericht des Kollegen Sadberger war zu ersehen, daß die Kaszentralsverhältnisse geordnet sind. In der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde neu bzw. wiedergewählt: 1. Vorsitzender Pfälzner Kaszentrals, Kassierer Sadberger Alois, Schriftführer Hofmann Simon, Revisoren und Kassierer Mayer Martin und Nagl Martin.

Ein Referat des Kollegen Sauermann-München über: Die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1926, löste eine lebhafte Aussprache aus und wurden die gestellten Anfragen durch den Referenten in befriedigender Weise beantwortet.

Regensburg. Unsere diesjährige Generalversammlung am 23. Januar 1927 (der am Vormittag eine Aussprache vorangegangen) wäre eines besseren Besuches wert gewesen.

Der Vorsitzende Kollege Seib erstattete den Geschäftsbericht. Derselben ist zu entnehmen, daß im Jahre 1926 zehn Monatsversammlungen und sechs Kaszentralsversammlungen, 8 Unterrichtsabende, sowie verschiedene Betriebs- und allgemeiner Versammlungen. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe betrug Anfang des Jahres 1926 132 und bei Beginn des Geschäftsjahres 1927 196. Diese sehr gute Entwicklung unserer Ortsgruppe ist im wesentlichen die große Mithilfe unserer Vorstandsmittglieder zu verdanken; die keine Mühe scheuten, durch Unterstützung innerhalb der Reihen der städtischen Arbeiter unseren Verband zu stärken. Es soll hierbei festgehalten werden, daß trotz der Unterdrückung in der Vertragsleistung seitens des freien Verbandes unsere Ortsgruppe auch weiterhin ständig im Wachstum ist.

Der Kaszentralsbericht des Kassierers Kollegen Humfelder wies eine Einnahme von 2929,74 Mark und eine Ausgabe von 1263,67 Mark auf. An die Zentrale konnten eingekandt werden 1665,79 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 503,52 Mark und eine Ausgabe von 441,40 Mark, so daß am Schluß des Jahres ein Kaszentralsbestand von 62,12 Mark zu verzeichnen ist. Bei der hierauf stattgefundenen Vorstandswahl, die teils durch Stimmzettel, teils durch Juroren vorgenommen wurde, wurden gewählt: 1. Vorsitzender Seib, Friedrich; 2. Vorsitzender Manstorf, Josef; als 1. Kassierer Humfelder, Johann; 2. Kassierer Eichenhofer, Ludwig; 1. Schriftführer Wallinger, Johann; 2. Schriftführer Von Sauer, Georg.

Kollege Sauermann-München nahm hierauf das Wort und erging sich in längeren Ausführungen über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1926, dankte der Vorstandskasse für ihre geleistete Arbeit und beglückwünschte die Ortsgruppe zu ihrem zukünftigen Aufstieg. In einer außerordentlich lebhaften Aussprache wurden die verschiedensten Fragen erörtert und Klärung geschaffen.

Mit dem Schlußwort des Kollegen Sauermann und dem Appell an alle Mitglieder auch im neuen Geschäftsjahre treu zur Organisation zu stehen und für deren Ausbreitung besorgt zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Donauwörth. Am 29. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Im Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden konnte als befriedigendes Ergebnis der Tarifabschluß und die Gewährung der Weihnachtsgeldbeiträge festgestellt werden. Bei der Neuwahl der Vorstandskasse wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Hierauf hielt Bezirksleiter Weyler einen Vortrag über die Tätigkeit und Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1926. Die 17 Gemeindeführer von Donauwörth sind vollständig in unserem Verbande organisiert. Nach Abwählung der Generalversammlung hielt unsere Musikkapelle die Kollegen noch ein paar frohliche Stunden in echter Feststimmung beisammen.

Darmstadt. Jahresabrechnung und Generalversammlung am 22. Januar verlief in harmonischer Weise. Der Mitgliederstand vom 11. bei der Gründung liegt heute, trotz allen Anstrengungen auf 15.

Der bisherige Vorstand wurde von der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Ebenso wurde dem Kassierer für die Quartals- und Jahresabrechnung woffes Vertrauen ausgesprochen. Das Referat des Bezirksleiters Klug, Frankfurt a. M. wurde von den Kollegen freudig aufgenommen. Ein Kollege wurde von der Versammlung einstimmig zur Organisation ausgesprochen, da derselbe sich in gröblicher und unwürdiger Weise über unsern Verband in der Öffentlichkeit ausgesprochen hat.

München (Münchenberg). Am 16. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende Albert Bauer gab den Geschäftsbericht, und der Kassierer Böhrle den Kaszentralsbericht. Bei den Wahlen wurde die ganze Vorstandskasse wiedergewählt. Der Vorstand dankte für das Vertrauen mit dem Versprechen, auch im kommenden Jahr werde die Vorstandskasse ihre Pflicht tun und das, auch in diesem Jahr fest und treu zu dem Verband zu halten.

Reuburg a. D. (Hilf- und Kulturbauarbeiter.) Am 30. Januar fand im Zuschraum unserer gutbesuchte Generalversammlung statt. Aus dem Berichte des Vorsitzenden war zu ersehen, daß der Verband sich im vergangenen Jahre im Interesse der Verbandskollegen sehr stark betätigt hat. Besonders kam dies zum Ausdruck in der Regelung der Wohnverhältnisse der Kirchschützen des Kulturbauamts Donauwörth. Auch die Gewährung der Weihnachtsgeldbeiträge der Hilfsbauarbeiter im Berichtsjahre ist auf die Tätigkeit der Organisation zurückzuführen. Die Mitgliederzahl hat sich im Berichtsjahre verdreifacht. Nach dem Kaszentralsbericht des Kollegen Hehle betragen die Einnahmen im vergangenen Jahr 518,13 M., die Ausgaben 103,55 M. (jedoch an die Hauptkasse in der 414,72 M. abgeliefert werden konnten). Die Vorstandskasse wurde einstimmig wiedergewählt. Hierauf hielt der Vorsitzende des Ortsleiters, Kollege Knappinger einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, der mit Beifall aufgenommen wurde. Nach Aufnahme von vier neuen Mitgliedern fand die Verammlung ihren Abschluß.

Zweibrücken. Am 24. Januar fand unsere 1. Generalversammlung mit Neuwahl statt. Herr Sekretär Maier, Mannheim, hielt ein Referat über die Lehre aus der letzten Lohnbewegung, welches allgemeinen Beifall fand. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kaszentralsberichts ging man zur Neuwahl über, aus der er folgende Kollegen als einstimmig gewählt hervor gingen: 1. Vorsitzender und Kassierer Otto Treiter; 2. Vorsitzender Jakob Wagner, Schriftführer Richard Burgard, Revisoren Otto Heinlein und Josef Böhm. Bei Punkt Verschiedenes wurden noch einige Fragen zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß alle Kollegen dazu beitragen mögen, die junge Ortsgruppe auf eine gedeihliche Höhe zu bringen.

München. Am 24. Januar 1927 hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung der Gemeindeführer ab. Obwohl ihr Besuch ein verhältnismäßig guter war, wäre doch zu erwarten gewesen, daß eine noch größere Zahl von Mitgliedern der Einladung gefolgt wäre, galt es doch Bericht zu erstatten über den Neuabschluß des Münchener Zusatztarifvertrages.

Kollege Sauermann als Berichterstatter ging zunächst auf die Neuabschluß des Zusatztarifvertrages ein und schloß die damalige schwierige Verhandlungslage. Der Neuabschluß des Zusatztarifvertrages kam doch zustande und nur wenige Bestimmungen verblieben zu bezweifelnden Regelung. Unter Zustimmung der Schiedsstelle kam auch hier im Herbst 1926 eine Einigung zustande, worauf dann unsere Ortsgruppe zur Neuabschaffung des Münchener Zusatztarifvertrages die Anträge formulierte und sie dem Stadtrat übermittelte. Nach vierwöchigen Verhandlungen am 28. Dezember 1926, 1. 12. und 19. Januar 1927 kam es dann zum Abschluß des neuen Münchener Zusatztarifvertrages. Acht Anträge, darunter einige Gruppenhebungen werden noch in der nächsten Sitzung der Schiedsstelle zu entscheiden sein.

Kollege Sauermann ging dann auf alle gestellten Anträge ein und gab deren Annahme oder Nichtannahme — letztere mit der abschenden Begründung des Stadtrates — bekannt. Wenn auch nicht alles erfüllt wurde, was die Kollegen in ihren Anträgen gewollt hatte, so darf doch gesagt werden, daß wir mit diesem Neuabschluß wiederum einen Schritt vorwärts gekommen sind. In einer sehr lebhaften Aussprache wurde dem gestellten Neuabschluß Stellung genommen und manche abschende Begründung des Stadtrates kritisiert.

Bei Punkt „Verschiedenes“ wurde vor allen Dingen Stellung genommen zu den Qualifikationen, wie sie jetzt einzelne städtische Betriebe beziehen und die Verbandsleitung aufgefordert, bei der zuständigen Stelle entsprechende Schritte zu tun.

Strasbourg. Unsere diesjährige Generalversammlung, die am Sonntag, den 22. Januar 1927 im Sesselshaus abgehalten wurde, erstreckte sich eines zahlreichen Besuches. Vorsitzender Kollege Langenberger gab den Geschäftsbericht, aus welchem zu ersehen ist, daß zu Anfang des Jahres 44 Mitglieder, und am Schluß 55 Mitglieder vorhanden waren. Dieser erfreuliche Mitgliederzuwachs wurde von der Versammlung freudig aufgenommen. Versammlungen wurden 6 abgehalten, ebenso einige Vorstandssitzungen. Im Ortsrat der christlichen Gewerkschaften und in den beruflichen Vereinen hat sich unsere Ortsgruppe lebhaft beteiligt. Aus dem Kaszentralsbericht des Kassierers Kollegen Groß ging hervor, daß an Einnahmen der Hauptkasse 1533,33 M. zu verzeichnen sind und 533,90 M. Ausgaben gemacht wurden. An die Hauptkasse konnten 999,43 M. überwiesen werden. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 468,84 M., die Ausgaben 335,20 M. Der Lokalkassenbestand ist 133,64 M. Der gesamte Kaszentralsbestand wurde vollständig erfüllt. Bei Neuwahl der Vorstandskasse erklärte der langjährige Vor-

figende Kollege Langenberger, daß er wegen seiner immer noch währenden Krankheit nicht in der Lage sei, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

Die Neuwahl der Vorstandsfahrt ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Weinberger Max, 2. Vorsitzender Schöhl Ludwig, 1. Kassierer Groß Franz, 2. Kassierer Kerner Wilhelm, 1. Schriftführer Ruhland Anton, 2. Schriftführer Brandner Karel.

Da auf der Herbst-Bezirkskonferenz des Bezirkes Südbayern der Kollege Langenberger als Tarifkommissionsmitglied gewählt worden war, wurde in der Versammlung auch ein Vertreter für diese Körperschaft gewählt. Es fiel die Wahl auf den zweiten Vorsitzenden Kollegen Schöhl.

Hierauf hielt Kollege Saermann-München ein Referat über: „Das Jahr 1926 und die deutsche Arbeiterschaft“. Redner zeichnete ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung und der Krisis im abgelaufenen Jahre und behandelte dann alle Fragen tariflicher Natur, die für die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter im Jahre 1926 eine wesentliche Rolle gespielt haben. Redner dankte zum Schluß allen Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern der Ortsgruppe für ihre treue Verbandarbeit und sprach den Wunsch aus, daß auch im neuen Jahre die Ortsgruppe Straubing eine gute Entwicklung nehmen möge. In der Aussprache nahm auch der als Gast anwesende Herr Stadtrat Oberinspektor Dietl das Wort, betonte einige wesentliche Punkte des Referates und ermahnte die Kollegenschaft zu Einigkeit und Treue.

Neuwahl. In der Generalversammlung am 15. 1. gab Kollege Stadtverordneter Karl Sabel den Jahresbericht. 6. Veranlassungen haben im Laufe des Berichtsjahres stattgefunden: Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 27, eingetreten bzw. zu uns übergetreten sind 10 Kollegen, ausgeschieden 1, gestorben 1, Bestand am Ende des Jahres 1926 35 Kollegen, mithin eine Zunahme von 8. Den Kassenbericht gab der Kollege Hubert Sabel. Die Einnahmen im verfloffenen Jahre betrugen 988,40 M. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige 1. Vorsitzende Karl Sabel, der 1. Kassierer Hubert Sabel und 1. Schriftführer Leo Filler wiedergewählt und hinzugewählt als 2. Vorsitzender Jakob Hermann, 2. Schriftführer Kollege Messerl und 2. Kassierer Kollege Peters. Ueber die Arbeiten im verfloffenen Jahre referierte Kollege Bezirksleiter Bedor-Köln.

Trier. Die Jahres-Generalversammlung fand am 23. 1. 1927 statt. Der Besuch war durch die vielen Grippeerkrankungen (hauptsächlich bei der Straßenbahn, infolgedessen die freibehabenden Kollegen alle zum Dienst herangezogen waren) stark beeinträchtigt. Inmitten waren noch 60 Personen anwesend. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Kollege Krumbein. Im Laufe des Berichtsjahres sind abgehalten worden: 14 Vorstandssitzungen, 11 Mitgliederversammlungen, 4 gemeinsame Versammlungen und 3 besondere Versammlungen für die Straßenbahner. In öffentlichen Körperschaften ist unser Verband vertreten: mit 3 Mitgliedern im Stadtverordneten-Kollegium, als Beisitzer beim Gewerbe-, Miet- und Schöffengericht, am Schlichtungsausschuß, am Unfallversicherungsamt, ferner vertreten im Ausschuß und Vorstand der Krankenkasse, im Arbeitslosenamt, im Gesamtbetriebsrat und in fast allen Betrieben und Arbeiterräten der Stadt Trier. Der Ein- und Ausgang des Schriftwechsels betrug 703. Die Mitgliederzahl beträgt 210. Gestorben sind im Berichtsjahr 4 Kollegen. Der Kassenbericht konnte wegen plötzlicher Grippeerkrankung des Kollegen Schabed nicht gegeben werden und wird in der nächsten Versammlung erstattet.

In der nachfolgenden Diskussion über den Geschäftsbericht, an der sich besonders die Kollegen Platner, Nikolai, Thull beteiligten, wurde allseitig anerkannt, daß der Verband auch im verfloffenen Jahre die Interessen der Trierer städtischen Arbeiterschaft und Straßenbahner musterhaft vertreten habe, besonders Kollege Thull stützte der Bezirksleitung sowie der Zentrale für das energische Eintreten den besten Dank ab.

Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Kollege Krumbein, zum 2. Vorsitzenden Kollege Seger, zum 1. Schriftführer Kollege Dietl, zum 2. Schriftführer Kollege Thull, als Beisitzer die Kollegen Weßpahl, Böigt, Jenner, Haffinger, Ostermann, Spang, Weversbach, Zimmer, Müller. Die Wahl des 1. und 2. Kassierers wurde ebenfalls in der nächsten Versammlung ausgeleert.

Kollege Bezirksleiter Bedor hielt daraufhin einen kurzen Vortrag über die Arbeit des Verbandes im verfloffenen Jahre und wies u. a. hin auf den Neuabschluß des RMT und die Gostaler Verhandlungen; ferner auf die im Laufe des Berichtsjahres stattgefundenen Bezirks- sowie vielen örtlichen Verhandlungen und schlußfolgerte daraus, daß die Ergebnisse für die Arbeiterschaft noch viel günstiger gewesen wären, wenn auch die Trierer Arbeiterschaft sich mehr um den Ausbau der Organisation gekümmert habe. Nach der Zahl der in den beiden Gemeindearbeiterverbänden organisierten städtischen Arbeiter und Straßenbahner ergab sich, daß immerhin noch eine Anzahl städtischer Arbeiter von Trier unorganisiert seien. Diese Kollegen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären und ihnen vor Augen zu führen, was im Laufe des Jahres durch die Gewerkschaften schon alles erreicht wurde und welche große Gefahr für die Arbeiterschaft entstehen könnte und auch tatsächlich schon dort entstanden sei, wo die Arbeiterschaft unorganisiert wäre, sei das Gebot der Stunde.

In der nachfolgenden Diskussion wurden die Ausführungen des Kollegen B. unterstützt. Besonders hervorgehoben wurde, daß meistens diejenigen Leute sich wenig um die Organisation kümmern, die das Heil des Lebens und den Aufstieg der Arbeiterschaft in dem Schinden von Ueberstunden erblicken. Diesen auch-Arbeiterkollegen müßte in der nächsten Zeit kräftig auf die Finger geklopft werden, und wenn tatsächlich jodiel Arbeit vorhanden wäre, soll man Arbeitslose einstellen, die auch in Trier zu Hunderten seit längerer Zeit auf der Straße liegen. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, auch im kommenden Jahre die Organisation zu unterstützen, schloß Kollege Krumbein die schön verlaufene Versammlung.

Sollingen. Unsere Ortsgruppe Gemeindearbeiter und Straßenbahner hielt am 25. 1. 27 ihre Generalversammlung ab. Wegen der dienstlichen Verhältnisse der Straßenbahner mußten zwei Versammlungen, und zwar vormittags und abends stattfinden. In beiden Versammlungen gab nach Verlesung des Protokolls durch den Schriftführer Kollegen Fosten der rührige Vorsitzende Kollege Stadtverordneter Lachenicht den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 26, aufgenommen sind im Laufe der Berichtzeit 24, ausgetreten bzw. ausgeschieden, einschli. 3 Pensionierten, 7, gestorben 1 Kollege, mithin ein Bestand am Schluß des Jahres von 112 Mitgliedern. (Darüber besteht in Sollingen noch die Ortsgruppe „Verkehrs- und Betriebsbeamte“ mit 22 und „Erlernungsanstalt“ mit 41 Mitgliedern unseres Verbandes.) 8 Vorstandssitzungen und 7 Versammlungen haben im Laufe der Berichtzeit stattgefunden. Von Seiten unseres Verbandes und teilweise mit der Leitung der örtlichen Organisationen wurden im Laufe des verfloffenen Jahres 16 Eingaben an die Stadtverwaltung gerichtet. Beson-

ders hervorzuheben und auf das Konto unseres Verbandes zu buchen ist der Beschluß der Kreisbahnausschusses, die Ruhegeldordnung der städtischen Arbeiter von Sollingen auch für die Kreisbahner einzuführen. Desgleichen wurde einem Antrag unserer Organisation stattgegeben und die Aufwertung sowie die Auszahlung der Kaution des Fahrpersonals der Stadt- und Kreisbahn vollzogen.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Kramm gegeben. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug im Berichtsjahr rund 4900.

In der anschließenden Diskussion über den Jahres- und Kassenbericht, an der sich besonders die Kollegen Putweller, Feldrich, Gerhards, Fosten, Meier und Wankoff beteiligten, wurde vor allen Dingen dem Kollegen Stadtverordneten Lachenicht für seine rege Tätigkeit im Interesse der Kollegen der herzlichste Dank abgestattet. Wenn auch ab und zu von den linksgerichteten Leuten Kritik an der Tätigkeit des Kollegen Lachenicht geübt würde, so soll er sich nicht beirren lassen und unentwegt nach dem Motto: „Viel Feind, viel Ehr.“ die bisherige Linie beibehalten.

Wie vorauszuheben war, endete die Vorstandswahl mit der einstimmigen Wiederwahl des alten Vorstandes.

Kollege Bedor-Köln hielt daraufhin einen Vortrag über die Verbandarbeit im verfloffenen Jahre und unsere nächsten Aufgaben. Seine Ausführungen fanden allseitigen Beifall.

Nachdem nun von der Versammlung die Liste zur Betriebsratswahl bei der Stadt- und Kreisbahn aufgestellt war und Kollege Lachenicht die Teilnehmer aufforderte, auch im kommenden Geschäftsjahre für den Ausbau des Verbandes einzutreten und besonders bei der kommenden Betriebsratswahl rege Wahlarbeit zu leisten, wurden die schön verlaufenen Versammlungen geschlossen.

Enstlingen. Gemeindearbeiter. Die kleine, aber rührige Ortsgruppe Enstlingen hielt ihre Jahres-Generalversammlung am 14. Januar ab. Der rührige Vorsitzende Kollege Cool gab den Jahresbericht und konnte am Hand der vorhandenen Protokolle die Entwicklung der Ortsgruppe vom Jahre 1913 bis zum heutigen Tage den Kollegen bekanntgeben. Insbesondere fiel an diesem Bericht die besondere Genauigkeit und die Einzelheiten der Ergebnisse aus der verfloffenen Zeit. Den Kassenbericht gab der ebenso rührige Kollege Steffes. Die Mitgliederzahl beträgt 19, ein Verlust von drei gegenüber dem Anfang des Jahres. Gestorben ist im Laufe der Berichtzeit der Gründer der Ortsgruppe Schriftführer Kollege Hagerborn. Die Kollegen werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand, und zwar als Vorsitzender Kollege Cool, als Kassierer Kollege Steffes und Schriftführer Kollege Rudy einstimmig wiedergewählt.

Kollege Bedor-Köln hielt einen kurzen Vortrag über die Arbeit des verfloffenen Jahres.

Zum Schluß gab Kollege Ruden einen Bericht über die letzte Kartell-sitzung. Kollege Valse berichtete über Krankenkasse und Ärzte. Besprochen wurde, in Bälde einen Familienabend abzuhalten.

Remmingen. Durch zwei Kollegen, die vordem unseren Bruderverbänden der christlichen Holz- und Metallarbeiter angehörten, sowie mit Unterstützung des Kartellvorsitzenden Maxdorf ist es gelungen, unserem Verbande bei dem hiesigen Gemeindearbeitern Eingang zu verschaffen. Am 16. Januar war unser Bezirksleiter Weisler, München erschienen, der uns einen instruktiven Vortrag hielt über Ziele und Aufgaben unseres Verbandes in der Vertretung der Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter. Auf Grund dieses Vortrages konnten die Kollegen mit Befriedigung erklären, daß sie nun zur Ueberzeugung gelangt seien, den richtigen Weg zu der ihnen zustehenden Organisation gefunden zu haben. Als lächerlich müsse das angliche Gebahren von Mitgliedern des freien Verbandes bezeichnet werden. In einer Versammlung derselben wurde beschlossen, daß der christliche Verband von ihnen nicht anerkannt werde. Nun ist unser Verband auf die Anerkennung dieser Angsthäsen nicht angewiesen, diese hat sich unser Verband schon längst erkämpft, weshalb er rechtmäßiger Tarifkontrahent mit dem Reichsarbeiterverband, sowie des L. A. W. für Bayern ist. Seitdem wir nun hier Eingang haben, bombardiert der Vorsitzende den Bauauschuß mit allen möglichen und unmöglichen Anträgen, die oft selbst dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Rathaus zuwider sind. Noch eine Reihe von Gemeindearbeitern, die aus dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen und durchaus keine Sozialisten sind, müssen durch unablässige Aufklärung für unseren Verband gewonnen werden. Für diese Arbeit stehen wir ein und die Erfolge werden nicht ausbleiben.

Unserem Kollegen Sebastian Ponpory zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum in der städtischen Gasanstalt auch an dieser Stelle unsere herzlichsten Glückwünsche.

Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

Konrad Roll	Köln	6. 1. 27
Adolf Räder	Odentischen	25. 1. 27
Josef Odermatt	Köln	27. 1. 27
Bernhard Pant	Münster i. W.	27. 1. 27
Karl Weib	Münster i. W.	30. 1. 27
Wilhelm Stremmler	Dartmund	1. 2. 27
Jozef Gruscha	Breslau	1. 2. 27
Max Burtard	Würzburg	2. 2. 27
Ludwig Schilling	Lugsburg	3. 2. 27
Willy Busak	Köln	6. 2. 27
Johann Jachenberg	Köln	8. 2. 27
Paul Karl Niebal	Breslau	8. 2. 27

Ehre ihrem Andenken!